

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 03. Mai 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Sitzungswoche haben uns nochmals die Erkenntnisse aus unserem Kommunalgipfel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik beschäftigt. Die Bereitschaft zur humanitären Hilfe in den Kommunen ist nach wie vor vorhanden. Aber den Kommunen fehlt es nicht nur an finanzieller Unterstützung durch den Bund, sondern auch die Aufnahmekapazitäten sind erschöpft.

Die Ampel ignoriert leider nicht nur die Rufe der Kommunen, sondern auch die der Weidetierhalter, die ihre Tiere vor zunehmenden Wolfsattacken zu schützen wollen. Mit den stetig wachsenden Wolfsbeständen nehmen die Konflikte und Schadensfälle zu - die CDU/CSU Fraktion hat daher für ein effektives Wolfsmanagement plädiert.

Auf die Zukunftsthemen Wirtschaft, Energie und Klimaschutz haben wir weitere Schwerpunkte gesetzt. So debattierte der Deutsche Bundestag die CDU/CSU-Initiativen zu nachhaltiger Heizenergie, Wachstumsimpulsen und internationalem Steuerwettbewerb. Der Weg hin zu wieder aufflammendem Wirtschaftswachstum, mehr Wohlstand und zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 werden wir nur mit marktwirtschaftlichen Instrumenten, einer guten Fachkräfteoffensive, Bürokratieabbau, Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungen und Schlüsseltechnologien erreichen - nicht aber mit Verboten und Gängelung. Das unterscheidet uns von der amtierenden Bundesregierung.

Über diese und weitere Themen der Sitzungswoche berichte ich Ihnen im Folgenden.

Alles Gute und bleiben Sie gesund,

Ihr

Hermann Färber MdB

Inhalt

Leitantrag zur Asyl- & Flüchtlingspolitik

Konzept für
Wirtschaft und
Wettbewerb

Bejagung des Wolfs

Wärmewende und
Gebäudeenergie-
gesetz

Terminvorschau

CDU



Schwerpunkte der Sitzungswoche

Leitantrag der Woche: Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik

Am 30. März 2023 haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Entscheidungsträgern der kommunalen Ebene auf unserem Gipfel in Berlin zur Asyl- und Migrationspolitik parteiübergreifend über die aktuelle Flüchtlings- und Migrationslage in den Kommunen diskutiert. Aus den Beiträgen der Kommunalpolitiker wurden zwei Punkte deutlich: Die Bereitschaft, geflohenen Menschen in Not beizustehen, ist in unserem Land nach wie vor groß. Die Ressourcen für die Aufnahme weiterer Asylbewerber stoßen aber an ihre Grenzen. Es fehlt an Geld, es mangelt an Wohnraum, Kinderbetreuung und Kapazitäten in Behörden und Schulen.

Gemeinsam mit den Kommunen verfolgen wir als Union die Ziele von Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir teilen die Sorge der Kommunalpolitiker um die Akzeptanz des Asylsystems und haben deshalb im Nachgang zum Kommunalgipfel einen Leitantrag mit den Kommunen erarbeitet und abgestimmt. Darin fordern wir:

- Die Migrationspolitik muss Chefsache innerhalb der Bundesregierung werden. Sie hat es in der Hand, die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, spürbar zu reduzieren und zu steuern.
- Der Bund muss den Kommunen bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen, sie entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige erhalten.

Stillstand überwinden – Nachhaltiges Wachstum für mehr Wohlstand und Arbeitsplätze stärken

Es braucht ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept, um die aktuellen Herausforderungen – hohe Energiepreise, zu viel Bürokratie, zu langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren, hohe Steuern und Sozialabgaben sowie den erheblichen Mangel an Fach- und Arbeitskräften – zu meistern und Deutschland wettbewerbsfähig zu halten. Der starke Fokus des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) auf Klima- und Energiefragen greift hier zu kurz. Auch der Inflationsdruck ließe sich reduzieren, wenn die Regierung ihre wenig zielgenauen finanziellen Entlastungen aufgäbe und die Unternehmen und Bürger mit besseren Rahmenbedingungen wirkungsvoll entlastet. Uns droht eine „Stagflation“, und die Krisenjahre sowie eine langanhaltende Wachstumsschwäche bei hoher Inflation setzen dem Wirtschaftsstandort Deutschland schwer zu. Daher gilt es, das Arbeitskräfteangebot und die Produktivität zu stärken und den Fokus wieder mehr auf Bildung, Investitionen und Innovationen zu legen.

Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb

In der letzten Woche haben wir im Plenum aufgrund der Großen Anfrage der Union über Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb debattiert. Deutschland verliert nach einer aktuellen Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Wettbewerb mit 20 anderen führenden Wirtschaftsnationen weiter an Wettbewerbsfähigkeit. Die Gründe: zu viel Bürokratie, hohe Steuerlast, sinkende Innovationsbereitschaft, hohe Energiekosten und Arbeitskräftemangel. Dadurch könne Deutschland laut ZEW mit Spitzenstandorten in Nordamerika, Westeuropa und Skandinavien kaum noch mithalten. Die Bundesregierung konnte bisher – entgegen der Ankündigungen im Koalitionsvertrag – weder ein schlüssiges Konzept zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit vorlegen noch geeignete Maßnahmen dazu umsetzen. Sie hat zudem angekündigt, unsere Große Anfrage erst Anfang Juni 2023 beantworten zu können - das geht entschieden zu langsam.



Debatte zum Bestandsmanagement beim Wolf

Letzte Sitzungswoche hat es eine Debatte zur Regulierung der Wölfe gegeben, zu der die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag für die Bejagung im Rahmen eines Bestandsmanagements eingegeben hat. In vielen Gegenden Deutschlands fordern die Menschen Lösungen von der Politik, denn die Wolfspopulation wächst stetig und Sichtungen sowie Schäden durch Angriffe auf Haus- und Weidetiere nehmen stark zu.

Jeder Riss eines Weidetiers ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine emotionale Belastung für die Halter. Viele sehen unter diesen Umständen keine Perspektive für die Weidetierhaltung. Allein im Jahr 2020 wurden über 4.000 Weidetiere Opfer eines Wolfsrisses – überwiegend Schafe aber auch Rinder und Pferde. Trotz immer mehr Maßnahmen, die zum Schutz vor Wölfen von den Tierhaltern herangezogen werden, wie Zäunen und Herdenschutzhunden, steigt die Zahl der Risse an. Die bisherigen Maßnahmen sind also ganz offensichtlich nicht ausreichend. Wir brauchen ein wirksames Bestandsmanagement in Deutschland und auf EU-Ebene eine Änderung des Schutzstatus des Wolfes.

Wir fordern daher, dass die Möglichkeit für eine rechtssichere Wolfsentnahme geschaffen wird, indem einheitliche Kriterien für die Entnahme von Wölfen gemeinsam mit den Ländern festgelegt werden. Zudem muss der Erhaltungszustand des Wolfes endlich definiert werden und auf dieser Basis ein effektives Wolfmanagement nach dem Vorbild anderer EU-Mitgliedstaaten wie etwa Schweden eingeführt werden. Die Bestandsentwicklung und Übergriffe sollten darüber hinaus genau erfasst und der Schutzstatus des Beutegreifers auf EU-Ebene geprüft werden. Wichtig ist auch schnelle und unbürokratische Entschädigung der wirtschaftlichen Folgen von Wolfsübergriffen. Nur so können wir die Weidehaltung von Rindern, Schafen und Ziegen erhalten, die praktiziertes Tierwohl ist und darüber hinaus ein unverzichtbarer Teil des aktiven Biotop- und Artenschutzes in unseren Kulturlandschaften darstellt.

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und die Wärmewende

Die Ampel-Koalition hat in der vergangenen Woche das viel diskutierte Gebäudeenergiegesetz auf den Weg gebracht. Dem waren monatelange Beratungen vorausgegangen, doch trotz der intensiven Beratung ist sich die Regierung weiterhin nicht einig.

Nach den Plänen der Ampel sollen jetzt ab 2024 neu eingebaute Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Das bedeutet das Aus für reine Öl- und Gasheizungen. Entscheidend ist also nun die Förderung, denn viele Verbraucherinnen und Verbraucher können den Heizungsumbau nicht alleine stemmen. Wo die Wärme herkommt, ist allerdings nur eine Seite der Medaille. Parallel muss auch der Energieverbrauch gesenkt werden, Gebäude müssen energieeffizienter werden.

Zahlreiche Fragen bleiben offen. Die Finanzierung möglicher Förderprogramme ist laut Bundesfinanzministerium nicht geklärt. Auch ist eine praxisgerechte Lösung für die Umrüstung von Gasetagenheizungen weiterhin nicht berücksichtigt. Eine willkürlich gewählte Ausnahme für über 80-jährige Eigentümer wurde von der Regierung bisher nicht verfassungsrechtlich geprüft. Auch andere Gruppen, insbesondere Rentner, dürften für Modernisierungskosten nur schwer Kredite erhalten. Auf die teils heftige Kritik an den bisherigen Entwürfen und auf Änderungsvorschläge - auch aus den betroffenen Branchen - wurde nicht eingegangen.

Die Wärmewende muss meiner Meinung nach für Privathaushalte, Industrie, Wirtschaft und die Handwerksbetriebe umsetzbar und finanzierbar sein. Städte und Gemeinden sollten für eine kommunale Wärmeplanung eingebunden werden und Mieter, Eigentümer, Handwerker und Industrie brauchen Planungs- und Kostensicherheit. Besonders wichtig ist auch, die Nutzung von Holzenergie weiterhin möglich zu machen um die regionale Energieversorgung im ländlichen Raum zu erhalten.

Die im Gesetzentwurf formulierten Vorgaben für Holzheizungen sind mit hohen Kosten verbunden und machen diese Heizungsform unattraktiv: Neue Holzheizungen müssen künftig mit einer Solar- oder Photovoltaikanlage und einem Pufferspeicher kombiniert werden. Die Vermarktung von Restholz als Brennholz ist aber für Waldeigentümer eine wichtige Einnahmequelle, um den klimaresilienten Waldumbau zu finanzieren. Daneben bietet Holzenergie ein hohes CO₂-Einsparpotential. Sowohl die energetische als auch die stoffliche Holznutzung werden im Sinne einer effizienten Ressourcennutzung gebraucht.



Bildquelle: Canva.

Terminvorschau

04. Mai: Vor-Ort-Termin und Abendveranstaltung mit der CDU Lauda-Königshofen zum Thema Landwirtschaft
11. Mai: Zukunftsdialog Agrar und Ernährung in Berlin
11. Mai: Jahresempfang des Club der Agrardiplomaten in Berlin
13. Mai: Mühlenfest - Einweihung des Windparks Drackenstein im Windpark Drackenstein
13. Mai: Jubiläums-Festakt der Waldorfschule Faurndau in Göppingen-Faurndau
14. Mai: Festgottesdienst in der St. Martinus - Kirche und 30-jährige Jubiläumsfeier des Vereins BUWETU in der Stadthalle in Donzdorf
16. Mai: Termin mit der Frauen-Union auf dem Hof am Leispel in Böhmenkirch
17. Mai: Politikergespräch gemeinsam mit Sarah Schweizer und dem Agrarausschuss der Baden-Württembergischen Landjugend in Süßen zur aktuellen Agrarpolitik
17. Mai: Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro in Süßen von 17 bis 19 Uhr

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de